



Protokoll

6. Sitzung des Kreistages des Landkreises Peine

Sitzungstermin:	Mittwoch, 25.10.2017
Raum, Ort:	Aula des Ratsgymnasiums, Burgstraße 2, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	17:15 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Hartmut Marotz

Mitglieder

Herr Franz Einhaus

Herr Matthias Möhle

Herr Rainer Röcken

Frau Doris Meyermann

Herr Hans-Hermann Baas

Herr Maik Burgdorf

Frau Dr. Katrin Esser-Mönning

Frau Monika Heilmann-Eschemann

Herr Frank Hoffmann

Herr Wilhelm Laaf

Herr Rüdiger Lampe

Herr Romec Manns

ab 18:09 Uhr

Herr Christoph Moritz

Frau Nadine Muthmann

Frau Simone Pifan

Herr Carsten Rieck

Frau Miriam Riedel-Kielhorn

Herr Ulrich Seffer

Herr Uwe Semper

Frau Christine Spittel

Herr Werner Welzel

Herr Jens Zielsdorf

Herr Friedhelm Borsum
Herr Björn Busse
Herr Hans-Werner Fechner
Frau Christine Heuer
Herr Michael Kramer
Herr Karsten Könnecker
Frau Rebecca Mittal
Herr Arnim Plett
Herr Georg Raabe
Herr Carsten Rauls
Frau Silke Weyberg
Frau Doris Maurer-Lambertz
Herr Heiko Sachtleben
Frau Rosemarie Waldeck
Herr Bernd Jakubowski
Herr Jürgen Rubin
Herr Andreas Tute
Herr Oliver Westphal
Herr Malte Cavalli
Herr Waldemar Hänsel
Herr Karl-Heinrich Belte
Herr Christoph Hauschke
Frau Ilse Schulz

ab 17:25 Uhr

Protokollführung

Frau Katja Schröder

Verwaltung

Frau Carmela Senatore
Herr Dr. Detlef Buhmann
Herr Wolfgang Gemba
Herr Henning Heiß
Herr Henrik Kühn
Herr Frank Scharenberg
Frau Silke Tödter
Herr Patrick von Heydebreck

Vertretung für: Herrn Toni Bieband

Entschuldigte:

Mitglieder

Herr Holger Meyer	Verhinderung
Herr Heiko Jacke	Verhinderung
Herr Dr. Christof Klinke	Verhinderung
Herr Stephan Nitsch	Verhinderung
Herr Dieter Samieske	Verhinderung

Verwaltung

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.06.2017
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- Zusätzliche Genehmigung einer Sachspende
- 6 Jahresabschluss 2016 - Entlastung
- 7 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017
- 8 Prüfung der Rechnungs- und Kassengeschäfte der "Gesellschaft Haus der kommunalen Selbstverwaltung" (HKS) in 30519 Hannover, Am Mittelfelde 169
- 9 Änderung der Verordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die Personenbeförderung mit Taxen
- 10 a) Erlass der Richtlinie für die digitale Gremienarbeit im Kreistag
b) Änderung der Geschäftsordnung
- 11 Ergebnis der Bedarfsfeststellung für eine Integrierte Gesamtschule (IGS) in Hohenhameln
- 12 a) Besetzung des Aufsichtsrates der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH
b) Mandatswahrnehmung des Arbeitnehmervertreters im Aufsichtsrat der BBg
- 13 Mitgliedschaft im Seniorenbeirat; hier: Vertreter/in der Gemeinde Edemissen
- 14 Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine
- Entlastung des Verwaltungsrates der ehemaligen Sparkasse Hildesheim für das Geschäftsjahr 2016 und Entscheidung über die Verwendung des an den Träger abgeführten Teilbetrages des Jahresüberschusses der Sparkasse Hildesheim
- Entlastung des Verwaltungsrates der ehemaligen Sparkasse Goslar/Harz für das Geschäftsjahr 2016
- Entlastung des Verwaltungsrates der ehemaligen KSK Peine für das Geschäftsjahr 2016 und Entscheidung über die Verwendung
- 15 Bericht des Landrates
- 16 Anfragen und Anregungen

Protokoll

1. Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Marotz eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Kreistagsabgeordneten, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die Zuhörerinnen und Zuhörer, insbesondere die Klasse 9 b der Realschule Groß Ilsede mit ihrem Lehrer Herrn Wehling, sowie die Presse.

2 . Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Kreistagsvorsitzender Marotz stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und erklärt, dass 43 Kreistagsabgeordnete und der Landrat anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Kreistagsvorsitzender Marotz weist darauf hin, dass der bisherige TOP 12 „Resolution der AfD-Kreistagsfraktion betreffend „Demokratische Grundwerte bewahren – Politisch motivierte Gewalt verurteilen – keine Toleranz für Gewalt“ von der AfD-Kreistagsfraktion zurückgezogen worden sei und durch den neuen TOP 12 „a.) Besetzung des Aufsichtsrates der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH b) Mandatswahrnehmung des Arbeitnehmervertreters im Aufsichtsrat der BBG“ ersetzt werde.

Zudem werde die Tagesordnung um den neuen TOP 14 „Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine - Entlastung des Verwaltungsrates der ehemaligen Sparkasse Hildesheim für das Geschäftsjahr 2016 und Entscheidung über die Verwendung des an den Träger abgeführten Teilbetrages des Jahresüberschusses der Sparkasse Hildesheim - Entlastung des Verwaltungsrates der ehemaligen Sparkasse Goslar/Harz für das Geschäftsjahr 2016 - Entlastung des Verwaltungsrates der ehemaligen KSK Peine für das Geschäftsjahr 2016 und Entscheidung über die Verwendung“ erweitert. Die darauf folgenden TOP würden sich entsprechend verschieben.

Der Kreistag stellt die Tagesordnung mit diesen Änderungen einstimmig fest.

3 . Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.06.2017

Beschluss: Das Protokoll über die 5. Sitzung des Kreistages am 14.06.2017 wird einstimmig genehmigt.

4 . Einwohnerfragestunde

Herr Reichel aus Peine bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

Die Stadt Peine hätte freiwillig die Schulträgerschaft für Sek. I (Kl. 5 – 10) und Sek. II (Kl. 10-12/13) am 1. August 2011 auf den Landkreis Peine übertragen. Die städtische Einsparung würde pro Jahr 850.000 Euro betragen.

1. Liege die tatsächliche Einsparung für die Stadt höher oder niedriger als 850.000 Euro und worauf sei die Fehleinschätzung nach oben beziehungsweise nach unten des angegebenen Betrages zurückzuführen?
2. Hätte die Stadt seinerzeit mit Blick auf die Übertragung dieser wichtigen Gestaltungsaufgabe – auch als Mittelzentrum – Investitionen an ihren Schulgebäuden, Sporthallen, Mensen für Reparatur, Sanierung und Neubauten aufgeschoben, sodass der neue Schulträger Kreis Peine zunächst diese Maßnahmen hätte aufarbeiten müssen?
3. Um welche Maßnahmen an welchen Stadtschulen würde es sich dabei handeln und wie hoch seien jeweils die Kosten für diese aufgelaufenen Investitionen gewesen?
4. Wie viel Geld hätte der Landkreis nach Übernahme der Schulträgerschaft in den zu rückliegenden sieben Jahren insgesamt für die Sek. I und Sek. II der Stadtschulen ausgegeben in den Bereichen:
 - a) Investitionen für Bau /Sanierung / Reparatur
 - b) Sachkosten für Ausstattung / Inventar
 - c) Personalkosten

- d) sonstige Aufwendungen
- e) Abschreibungen?
- 5. Habe der Landkreis all diese Kosten aus eigener Tasche bezahlt oder hätte es Zuschüsse vom Bund, Land sowie anderer Zuschussgeber gegeben?
- 6. Was gebe der Landkreis jährlich für die übernommene Schulträgerschaft von der Stadt Peine insgesamt aus und in welchen anderen Bereichen (z.B. Ganztagschule, Inklusion, Integration, Schülerbeförderung) seien in den nächsten Jahren welche Kostensteigerungen in welcher Höhe zu erwarten?

Kreistagsvorsitzender Marotz sagt, auch im Namen der Kreisverwaltung, eine detaillierte und fundierte schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

5 . Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- Zusätzliche Genehmigung einer Sachspende
Vorlage: 2017/120

Beschluss:

Der Annahme einer Sachspende in Höhe von 215,00 € von dem Förderkreis der Eltern & Freunde der Astrid-Lindgren-Schule e.V. wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

6 . Jahresabschluss 2016 - Entlastung
Vorlage: 2017/119

Landrat Einhaus ist vom Mitwirkungsverbot betroffen und verlässt den Raum.

EKR Heiß weist darauf hin, dass die Vorlage des Jahresabschlusses bereits im Folgejahr nach der Umstellung auf Doppik keinesfalls die kommunale Wirklichkeit widerspiegele. **EKR Heiß** dankt daher dem Fachdienst Finanzen und auch dem Rechnungsprüfungsamt für die gute Zusammenarbeit.

Beschluss:

- a) Von der durch den Landrat genehmigten überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 27.145,41 €, die im Rahmen des verspäteten Verlustausgleiches für das Jahr 2014 an die BBG entstanden ist, wird Kenntnis genommen.
- b) Der Jahresabschluss 2016 wird beschlossen.

Dem Landrat wird für das Haushaltsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 37 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: 6

7 . 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017

Vorlage: 2017/132

Landrat Einhaus nimmt wieder an der Sitzung teil und erläutert anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, die Gründe für den 1. Nachtragshaushalt 2017.

Das Haushaltsjahr 2017 entwickle sich finanziell zu einem ganz besonderen Jahr. Gleichwohl hätten sich die strukturellen Rahmenbedingungen für den Haushalt des Landkreises Peine nicht verändert.

Der verabschiedete Haushalt für 2017 hätte ein Plan-Jahresergebnis von rund 615.000 Euro vorgesehen. Aufgrund verschiedener Umstände gehe die Kreisverwaltung nun von einem prognostizierten Jahresergebnis in Höhe von rund 11,2 Millionen Euro und somit einer Verbesserung von rund 10,6 Millionen Euro aus. Diese außergewöhnliche Verbesserung hätte folgende Ursachen:

- Steigerung der Schlüsselzuweisungen aufgrund der Verbesserung der steuerlichen Situation
- Steigerung der Kreisumlage auch aufgrund der Verbesserung der steuerlichen Situation
- Verbesserungen durch die Abrechnungsmethodik und die Erhöhung der Pauschale für Flüchtlinge durch das Land
- geringere Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- geringere Zinsaufwendungen
- sonstige Verbesserungen

Landrat Einhaus gibt im Anschluss einen Überblick über die Liquiditätskredite (Stand 31.12.2016) der Stadt Peine, der kreisangehörigen Gemeinden sowie des Landkreises. Die Höhe der Liquiditätskredite spiegele deutlich die derzeitige finanzielle Situation der Kommunen im Kreisgebiet wider. Von den Gemeinden hätten lediglich Ilsede und Hohenhameln nennenswerte Liquiditätskredite vorzuweisen. Der Landkreis Peine weise dagegen einen sehr hohen Liquiditätskredit auf, da sich trotz der besonderen Situation im Jahr 2017 an den Rahmenbedingungen an sich nicht viel geändert hätte. Aufgrund dieser weiterhin bestehenden schwierigen Ausgangslage des Landkreises Peine sei eine Senkung der Kreisumlage nicht ohne weiteres möglich, da sich ansonsten die finanziellen Belastungen des Kreises weiter erhöhen würden. Dies wiederum würde zu Problemen bei der Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht führen, deren Standardforderungen u.a. keine Erhöhung der Nettoneuverschuldung sowie der Abbau der Kassenkredite seien.

Die Gemeinden wiederum würden vom Landkreis Peine eine finanzielle Entlastung durch die Mehraufwendungen bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge und der Betreuungskosten im Bereich der Krippen und Kindertagesstätten fordern, zumal der Landkreis Peine für diesen Bereich formalrechtlich zuständig sei.

Angesichts der besonderen Finanzlage im Jahr 2017 sei es daher ein Gebot der Fairness, die Gemeinden an dieser Sondersituation zu beteiligen. Aus fiskalpolitischer Sicht sei dieses Entgegenkommen des Kreises angesichts der Höhe seiner Kassenkredite eigentlich nicht zu vertreten. Um diese Situation aufzulösen, seien lange Gespräche mit der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern geführt worden. Letztendlich hätte man sich darauf geeinigt, die Hälfte von dem unerwarteten Überschuss des Kreises im Jahr 2017 an die Gemeinden abzugeben. Die Verteilung des Gesamtbetrages auf die einzelnen Gemeinden sei auf Basis der Kreisumlage und der jeweiligen Einwohnerzahlen erfolgt. Die Beträge würden jedoch nicht in den Haushalt der jeweiligen Gemeinde einfließen, sondern seien für die nachhaltige Verbesserung von vier Infrastrukturbereichen vorgesehen. Auf Basis dieser vier Bereiche würden die Gemeinden nun Fördermaßnahmen benennen. Diese würden dann dem Kreisausschuss zur Prüfung vorgelegt.

Da diese Fördermaßnahmen von den Gemeinden nicht mehr im Jahr 2017 umgesetzt werden könnten, die Beträge jedoch aus haushaltssystematischen Gründen nicht im kommenden Jahr ausgezahlt werden könnten, sei geplant, diese zunächst an die Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft als Landkreistochter auszuzahlen. Von dort werde dann nach Abwicklung der jeweiligen Maßnahmen die Auszahlung der Beträge an die Gemeinden erfolgen.

Zum Thema Kreisumlage merkt **Landrat Einhaus** an, dass der Landkreis Peine strukturell nicht ohne weiteres in der Lage sei, die Kreisumlage zu senken. Hauptursache hierfür sei,

dass die Steuerkraft im Landkreis Peine deutlich unter dem Landesdurchschnitt liege. Der hohe Hebesatz sei zwar der zweithöchste in Niedersachsen, aber die durchschnittliche Steuerkraft pro Einwohnerin und Einwohner liege deutlich unter dem Durchschnitt im Land Niedersachsen. Dieses Problem bestehe nicht nur jahresbezogen, sondern bereits seit dem Jahr 2000. Gleichzeitig gelte es, die Dienstleistungsfähigkeit des Landkreises Peine weiter aufrechtzuerhalten. Daher bestehe von Seiten des Landkreises Peine mittelfristig kaum die Möglichkeit, die Gemeinden durch eine Senkung der Kreisumlage zu unterstützen.

Landrat Einhaus bittet am Ende seiner Ausführungen die Kreistagsabgeordneten, der vorliegenden 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 zuzustimmen.

Kreistagsvorsitzender Marotz weist darauf hin, dass zu diesem TOP bereits ein Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion vorliege.

KTA Kramer erläutert den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion. Er weist auf die derzeit rund 45 Millionen Euro Überziehungskredite und die 75 Millionen Euro langfristigen Investitionsschulden des Landkreises Peine hin. Von den Haushaltsverbesserungen könne daher eigentlich kein Euro an die Gemeinden ausgeschüttet werden. Die CDU-Kreistagsfraktion lehne eine pauschale Teilung der außergewöhnlichen Verbesserungen im Haushalt 2017 ab. Sie befürworte vielmehr eine sachlich begründete Vergabe der einmaligen Mittel. Verbunden damit sollten eine finanzielle Perspektive für die Gemeinden mit dem Einstieg in eine dauerhafte Senkung der Kreisumlage und eine bessere Förderung der KiTa- und Krippenkosten sein. 3,7 Millionen Euro sollten von der diesjährigen Haushaltsverbesserung zur Förderung der Weiterentwicklung der Gemeinden verwendet werden. Die verbleibenden 7,5 Millionen Euro könnten für die Schuldentilgung von Kassenkrediten genutzt werden.

Die Klagen der Gemeinden über die hohe Kreisumlage seien damit aber nicht abgewendet. Die CDU-Kreistagsfraktion werde daher für den kommenden Haushalt den Einstieg in eine moderate Senkung der Kreisumlage um 0,5 Umlagepunkte signalisieren. Im Jahr 2019 könne dann eine weitere Senkung der Kreisumlage um 1 Umlagepunkt erfolgen. Seit 2012 hätte der Landkreis Peine jährlich Überschüsse im Ergebnishaushalt erzielt. Es sei daher durchaus Luft für eine Senkung der Kreisumlage um 1 bis 2 Umlagepunkte. Zudem müsse für den Haushalt 2018 über eine angemessene Beteiligung des Kreises an den KiTa- und Krippenkosten der Gemeinden diskutiert werden.

KTA Kramer bittet daher um Zustimmung für den Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion.

KTA Hoffmann weist zunächst darauf hin, dass der vorliegende Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion erst im Oktober eingegangen sei. Die Diskussion um diese Gelder würde jedoch bereits seit April geführt. Zu dieser Zeit hätte Landrat Einhaus mit den Mitgliedern des Kreisausschusses die weiteren Schritte zu dieser Thematik abgesprochen.

KTA Hoffmann dankt den Kreistagsabgeordneten für den intensiven Austausch in den vergangenen Monaten zu dieser Thematik. Die Zusammenarbeit sei mit großen Teilen des Kreistages, mit der Kreisverwaltung und auch mit den Gemeinden konstruktiv gewesen. Das Ergebnis dieser Diskussion liege heute hier vor. Die kurzfristige Einreichung des Änderungsantrages durch die CDU-Kreistagsfraktion habe keine Möglichkeit mehr gelassen, diesen Vorschlag mit den Gemeinden abzustimmen und über die etwaige Streichung von Projekten zu beraten.

Das positive Ergebnis im Haushalt 2017 sei auch ein Ergebnis der guten Zusammenarbeit des Landkreises mit den Gemeinden bei der Bewältigung der starken Zuwanderung, aber auch des ehrenamtlichen Einsatzes der vielen Bürgerinnen und Bürgern des Kreises. Aus diesem Grunde sei es richtig, das positive Ergebnis im Haushalt des Landkreises auch mit den Gemeinden zu teilen.

Es handele sich hierbei um das einzig mögliche, rechtlich sichere und transparente Verfahren.

Ein wichtiges Thema, das den Kreis im nächsten Jahr beschäftigen werde, werde die Förderung von Kindertagesstätten sein. Er sei sich sicher, dass diese Diskussion mit den Gemeinden genauso konstruktiv verlaufen werde, wie die jetzt geführte.

Die SPD-Kreistagsfraktion werde der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 zustimmen.

KTA Schulz betont, dass es im öffentlichen Bereich um die Verteilung des von den Bürgerinnen und Bürgern erwirtschafteten Geldes ginge. Das Geld müsse daher auch dem Gemeinwohl zu Gute kommen. Der vorliegende Beschlussvorschlag sei ein einhelliger Kompromiss des Landkreises Peine und der Gemeinden zur Stärkung des ländlichen Bereiches. Das von Landrat Einhaus erläuterte Verfahren sei transparent und böte die notwendige Kontrolle.

KTA Schulz werde der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 daher zustimmen.

KTA Cavalli erklärt, dass die FDP-Kreistagsfraktion die Auffassung von Landrat Einhaus teile, dass aufgrund der hohen Kassenkredite des Landkreises und der unterdurchschnittlichen Steuerkraft eine Senkung der Kreisumlage absehbar nicht möglich sei. Der in der Beschlussvorlage aufgezeigte Weg zur Unterstützung der Gemeinden in der Weiterentwicklung ihrer Infrastruktur werde von der FDP-Kreistagsfraktion mitgetragen.

Die FDP-Kreistagsfraktion werde der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 zustimmen.

Im Hinblick darauf, so **KTA Sachtleben**, dass die Flüchtlingssituation im Jahr 2015 nicht nur vom Landkreis, sondern auch von den Gemeinden bewältigt worden sei, sei eine einmalige Sonderzahlung an die Gemeinden vertretbar. Der zusammen mit den Gemeinden erarbeitete Kompromissvorschlag sei politisch moralisch korrekt.

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 daher zustimmen.

Im kommenden Jahr sollte trotzdem sachlich und fachlich über die Neuregelung der Kostenverteilung bei den KiTa- und Krippenplätzen diskutiert werden. In diesem Zusammenhang müsse dann jedoch auch über die teilweise entgrenzte Baupolitik einiger Gemeinden gesprochen werden, die ebenfalls zu Kostensteigerungen in diesem Bereich führe.

KTA Sachtleben bittet die CDU-Kreistagsfraktion, ihren Änderungsantrag zurückzuziehen und sich dem vorliegenden Kompromissvorschlag anzuschließen.

Es erfolgt zunächst die Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion. Dieser wird mit 29 Nein-Stimmen und 17 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 15 Enthaltung/en: 2

8 . Prüfung der Rechnungs- und Kassengeschäfte der "Gesellschaft Haus der kommunalen Selbstverwaltung" (HKS) in 30519 Hannover, Am Mittelfelde 169 Vorlage: 2017/130

Beschluss:

a) Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) des Landkreises Peine übernimmt entsprechend § 155 Abs. 2 NKomVG für die „Gesellschaft Haus der kommunalen Selbstverwaltung“ (HKS) die Prüfung der Rechnungs- und Kassengeschäfte.

b) Für die in Rechnung zu stellenden Kosten der Prüfung wird die „Satzung des Landkreises Peine über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit seines Rechnungsprüfungsamtes“ in der jeweils gültigen Fassung angewendet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**9 . Änderung der Verordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die Personenbeförderung mit Taxen
Vorlage: 2017/131****Beschluss:**

Die Änderung der Verordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die Personenbeförderung mit Taxen wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

**10 . a) Erlass der Richtlinie für die digitale Gremienarbeit im Kreistag
b) Änderung der Geschäftsordnung
Vorlage: 2017/133**

KTA Schulz bittet um Auskunft zu § 7 der hier zur Abstimmung stehenden Geschäftsordnung. Inwieweit sei es Einzelmandataren möglich, einen Sachantrag in einem Fachausschuss bzw. dem Kreisausschuss zu begründen, auch wenn sie dort nicht Mitglied seien?

EKR Heiß sagt hierzu eine rechtliche Prüfung zu, die dem Protokoll als Anlage beigelegt werde.

Beschluss:

- a) Der Kreistag beschließt die Richtlinie für die digitale Gremienarbeit im Kreistag des Landkreises Peine.
- b) Der Kreistag beschließt die Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss, die Ausschüsse des Kreistages und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse des Landkreises Peine in der Fassung vom 25.10.2017

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zu a)

Einstimmig zu b)

Ja-Stimmen:	a) 34	Nein-	a) 1	Enthaltung/en:	a) 11
	b) 46	Stimmen:	b) -		b) -

**11 . Ergebnis der Bedarfsfeststellung für eine Integrierte Gesamtschule (IGS) in Hohenhameln
Vorlage: 2017/138**

KTA Semper bedauert das Ergebnis der Bedarfsfeststellung für eine IGS in Hohenhameln, akzeptiert jedoch den basisdemokratischen Vorgang. Er dankt in diesem Zusammenhang allen Fraktionen, die diesen Antrag unterstützt hätten sowie der Verwaltung für die professionelle Durchführung der Abfrage.

KTA Cavalli beschreibt das Ergebnis der Bedarfsfeststellung als ernüchternd. Das Ergebnis erfordere nun eine notwendige Kurskorrektur im Auftrag der Eltern und stelle somit keinen Schlusspunkt dar.

KTA Weyberg bezeichnet das Ergebnis als ein Scheitern der Schulpolitik im Landkreis Peine zu Lasten des Standortes in Hohenhameln und vielleicht auch zu Lasten des Standortes in Wendeburg. Es gelte, Perspektiven zu erarbeiten, damit die Gemeinde Hohenhameln einen vernünftigen Schulstandort erhalte und sich weiterentwickeln könne.

Der Kreistag nimmt von der Informationsvorlage Kenntnis.

12 . a) Besetzung des Aufsichtsrates der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH
b) Mandatswahrnehmung des Arbeitnehmervertreters im Aufsichtsrat der BBg
Vorlage: 2017/146

Kreistagsvorsitzender Marotz geht auf die Vorlage ein. Vor der Abstimmung sei zunächst ein Losverfahren zwischen der FDP-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion Peiner Bürgergemeinschaft/Piraten um eine Benennung in den Aufsichtsrat der BBg erforderlich.

Das Los, das im Anschluss von dem Kreistagsvorsitzenden gezogen wird, entscheidet zugunsten der FDP. Diese benennt KTA Cavalli.

Beschluss:

a)

Die Gesellschafterversammlung der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH (BBg) wird angewiesen, folgende Personen in den Aufsichtsrat der BBg zu berufen:

1.	Landrat Einhaus		
2.	Vertreter des Landkreises:	Herr Dr. Buhmann	
			<u>Mitglied:</u>
3.	Fraktion	SPD	1 Matthias Möhle
			2 Uwe Semper
			3 Dr. K. Esser-Mönning
	Fraktion	CDU	1 Arnim Plett
			2 Rebecca Mittal
	Fraktion	GRÜNE	1 Doris Meyermann
	Fraktion	AfD	1 Oliver Westphal
	Fraktion	FDP (nach Losverfahren)	1 Malte Cavalli

b)

Die Gesellschafterversammlung der Berufsbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Peine mbH (BBg) wird angewiesen, **Herrn Andreas Salzmann** als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der BBg zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

13 . Mitgliedschaft im Seniorenbeirat; hier: Vertreter/in der Gemeinde Edemissen
Vorlage: 2017/134

Beschluss:

Der Kreistag beruft den von der Gemeinde Edemissen benannten Herrn Günther Sukopp in den Seniorenbeirat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

14 . Sparkassenzweckverband Hildesheim Goslar Peine

- Entlastung des Verwaltungsrates der ehemaligen Sparkasse Hildesheim für das Geschäftsjahr 2016 und Entscheidung über die Verwendung des an den Träger abgeführten Teilbetrages des Jahresüberschusses der Sparkasse Hildesheim

- Entlastung des Verwaltungsrates der ehemaligen Sparkasse Goslar/Harz für das Geschäftsjahr 2016

- Entlastung des Verwaltungsrates der ehemaligen KSK Peine für das Geschäftsjahr 2016 und Entscheidung über die Verwendung

Vorlage: 2017/129

Landrat Einhaus, Kreistagsvorsitzender Marotz und die KTA Möhle und Hoffmann sind vom Mitwirkungsverbot betroffen und begeben sich in den Zuhörerraum bzw. verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzungsleitung wird daher vom **stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Plett** übernommen.

Dieser erklärt, dass aufgrund einer Entscheidung des Kreisausschusses diese Beschlussvorlage im Kreistag behandelt werden solle und geht im Anschluss auf den Inhalt der Vorlage ein.

EKR Heiß erläutert hierzu, dass die jetzige neue Sparkasse Rechtsnachfolgerin der anderen drei Sparkassen sei, die fusioniert seien. Aus diesem Grunde werde in der Beschlussvorlage um eine Entlastung für alle drei Sparkassen durch den Landkreis Peine als Teilträger der neuen Sparkasse gebeten.

Auf Antrag von **KTA Esser-Mönning** wird die Sitzung von 18:45 bis 19:00 Uhr unterbrochen.

Um 19:00 Uhr erfolgt der Wiedereintritt in die Kreistagssitzung.

Stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Plett bittet, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Im Anschluss nehmen die vom Mitwirkungsverbot betroffenen Personen wieder an der Sitzung teil.

Beschluss:

Die Vertreterinnen und Vertreter des Landkreises Peine in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Hildesheim Goslar Peine werden beauftragt, den Vorlagen des Sparkassenzweckverbandes Nr. 11/2017, 12/2017 und 13/2017 zuzustimmen

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung/en: 8

15 . Bericht des Landrates

Landrat Einhaus, Kreistagsvorsitzender Marotz und die KTA Möhle, Hoffmann und Baas nehmen wieder an der Sitzung teil.

Kreistagsvorsitzender Marotz übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

EKR HeiB gibt einen Überblick über die Finanzlage des Landkreises Peine (Anmerkung: Die Präsentation ist dem Protokoll in der Anlage beigelegt).

In der Finanzplanung seien für das Haushaltsjahr 2018 seinerzeit ein Überschuss im Ergebnishaushalt von rund 18.000 Euro, bei den Investitionen Auszahlungen in einer Größenordnung von rund 34,3 Millionen Euro, bei den Fördermitteln Einzahlungen in Höhe von rund 24,1 Millionen Euro und bei der Kreditaufnahme Einzahlungen von rund 10,1 Millionen Euro vorgesehen gewesen.

Der aktuelle Planungsstand sehe im Ergebnishaushalt nun einen Überschuss von derzeit 558.500 Euro mit erheblichen Reduzierungen im Investivbereich und bei den Fördermitteln vor.

EKR HeiB weist darauf hin, dass ein Punkt Kreisumlage 1,3 Millionen Euro entspreche. Die Senkung der Kreisumlage um einen Punkt, wie vorhin von KTA Kramer angesprochen, würde dazu führen, dass der Haushalt des Landkreises Peine schon jetzt defizitär wäre eine Haushaltskonsolidierung erforderlich wäre.

Im Anschluss gibt **EKR HeiB** einen Überblick über die Gesamtaufwendungen 2018 in Höhe von knapp 270 Millionen Euro. Mehr als 250 Millionen Euro würden hiervon in den Wirtschaftskreislauf fließen.

Die Transferaufwendungen würden sich im Detail in die Bereiche Jugendhilfe, Kosten der Unterkunft nach SGB II, ALG II und Eingliederungsleistungen, Eingliederungshilfe für Behinderte, Leistungen nach dem AsylbLG, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt/Hilfe zur Pflege u.a. aufgliedern. Die Besonderheit bei der Jugendhilfe bestehe darin, dass dies der einzige Bereich sei, für den der Landkreis Peine überhaupt keine Refinanzierung erhalte. In allen anderen Bereichen erhalte der Kreis erhebliche Refinanzierungen, teilweise bis zu 75 Prozent. Die Entwicklung seit 2011 zeige zudem, dass die Transferaufwendungen nach wie vor jährlich weiter steigen würden und auch die Prognose keine Änderung dieser Situation erwarten lasse.

Neben den Erstattungen von Sozialleistungen seien die Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage die wichtigsten Erträge. Die Schlüsselzuweisungen an den Landkreis Peine seien in den letzten Jahren angestiegen. Dies zeige, dass die Steuerkraft im Kreis nicht besonders stark ausgeprägt sei. Die Entwicklung in den letzten Jahren verdeutliche dies, da die Steuerkraft im Landkreis Peine stets unter dem Landesdurchschnitt gelegen hätte.

Es treffe zu, dass der Landkreis Peine den zweithöchsten Kreisumlage-Hebesatz in Niedersachsen habe. Entscheidend sei jedoch nicht die Höhe des Hebesatzes im Landesvergleich, sondern ob der Landkreis Peine mit diesen finanziellen Mitteln seine Aufgaben erledigen könne. Der Landkreis würde bedeutend mehr Aufgaben als die Gemeinden wahrnehmen und benötige daher auch eine entsprechende Refinanzierung.

Die derzeitigen Planungen würden im Ergebnishaushalt einen Überschuss von 558.500 Euro vorsehen. Vor den ersten Haushaltsberatungen der Kreisverwaltung hätte der Ergebnishaushalt für 2018 noch ein Defizit von rund 2 Millionen Euro aufgewiesen. Die Verwaltung habe im Vorfeld also bereits erhebliche Kürzungen vornehmen müssen, um überhaupt einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Nur dann sei von Seiten der Kommunalaufsicht die Chance auf eine Haushaltsgenehmigung gegeben.

Die Haushaltslage des Kreises sei nach wie vor höchst angespannt. Zur Finanzierung der Tilgung von investiven Krediten bestehe ein Bedarf von rund 5,5 Millionen Euro. Aus dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit könnten jedoch nur 413.300 Euro generiert werden. Dies bedeute in der Folge, dass rund 5 Millionen Euro zur Tilgung der Kredite aus zusätzlichen Kassenkrediten finanziert werden müssten. Auch dieser Bereich werde von der Kommunalaufsicht sehr genau geprüft.

Im Investivbereich bestehe für 2018 ein Kreditbedarf von rund 10 Millionen Euro.

Die Risiken bei der Haushaltsplanung 2018 lägen bei der tatsächlichen Höhe der Schlüsselzuweisungen, die erst Ende November bekannt würde, bei der witterungsabhängigen Entwicklung der Aufwendungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der Kreisstraßen, der weiteren Entwicklung der Flüchtlingszahlen sowie der weiteren Entwicklung der ALG II-Empfängerinnen und –empfänger, der Kosten der Unterkunft und der Jugendhilfekosten.

Zum Ende seiner Ausführungen dankt **EKR Heiß** den anwesenden Kreistagsabgeordneten für ihre Aufmerksamkeit.

16 . Anfragen und Anregungen

KTA Schulz weist auf bevorstehende gravierende Veränderungen bei der Postbank hin. Dies könne gerade für ältere Menschen erhebliche Folgen haben. Auch bei den Briefzustellungen durch die Deutsche Bundespost seien Veränderungen geplant. Sie bittet Landrat Einhaus als Vertreter in den kommunalen Spitzenverbänden diese Aspekte im Hinblick auf die Daseinsvorsorge und die Stärkung des ländlichen Bereiches in die entsprechenden Gespräche mitzunehmen.

Es gibt keine weiteren Anfragen und Anregungen.

Kreistagsvorsitzender Marotz beendet den öffentlichen Teil der 6. Sitzung des Kreistages und verabschiedet die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Presse.

Hartmut Marotz
Kreistagsvorsitz

Franz Einhaus
Landrat

Katja Schröder
Protokollführung